

OB geht in die Offensive

SPENDEN Joachim Wolbergs beantragt Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen sich selbst.

VON ISOLDE STÖCKER-GIETL,
MARION KOLLER, JULIA RIED, ERNST
WALLER UND ANDREA FIEDLER, MZ

REGENSBURG. Joachim Wolbergs steht unter Druck – und geht in die Offensive: Der Regensburger Oberbürgermeister hat gestern Antrag auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen sich selbst gestellt. Die Verdächtigungen, die gegen ihn erhoben werden, „würden den Tatbestand eines Dienstvergehens erfüllen“, heißt es in dem Schreiben, das unserer Zeitung vorliegt. „Die Anschuldigungen entbehren aber jeder Grundlage. Um mich von dem Verdacht eines Dienstvergehens zu entlasten, beantrage ich gemäß Art. 20 Abs. 1 BayDG die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen mich selbst.“

Es gibt Namen der Spender

Die Bayerische Disziplinarordnung sieht diese Möglichkeit für Beamte, Richter und Soldaten vor, um ihnen die Möglichkeit zu geben, sich von dem Verdacht eines Dienstvergehens zu entlasten. Die am Verfassungsgerichtshof angesiedelte Landesanwaltschaft muss nun darüber befinden, ob sie die Ermittlungen in dem Fall aufnimmt. Tut sie das, werden Ermittlungen geführt, an deren Ende entschieden wird, ob das Disziplinarverfahren einzustellen oder eine Disziplinarmaßnahme zu verhängen ist. Der Katalog der Disziplinarmaßnahmen reicht von Verweisen bis zur Entfernung aus dem Dienst.

Unter Druck steht auch die Immobilienbranche in Regensburg: Wie das Wochenblatt am Donnerstag berichtete, sollen insgesamt 618 000 Euro an den SPD-Ortsverein Regensburg-Süd geflossen sein, dessen Vorsitzender Joachim Wolbergs ist. Schon seit Diens-

tag ist auch offiziell bekannt, dass das Immobilien-Zentrum unter den Spendern ist. Aus verlässlicher Quelle erfuhr unsere Zeitung, dass es sich bei den weiteren Immobilienunternehmen, gegen die die Staatsanwaltschaft ermittelt, um Volker Tretzel und Ferdinand Schmack handeln soll. Beide Firmen waren trotz mehrfacher Anfragen unserer Zeitung in den vergangenen Tagen nicht erreichbar. Die Staatsanwaltschaft Regensburg überprüft, ob durch die Unterstützung der Partei durch Immobilienfirmen möglicherweise der Straftatbestand der Vorteilsannahme und Vorteilsgewährung erfüllt worden sein könnte.

Das Regensburger Wochenblatt beauftragt sich in seiner Berichterstattung, in der Namen und Summen genannt werden, auf Dokumente der Staatsanwaltschaft. Gegenüber unserer Zeitung betont die Behörde, dass sie bei ihrer Haltung bleibt und die Namen der Immobilienfirmen nicht nennt, gegen die ermittelt wird. Auch die Bauprojekte, die im Zusammenhang mit dem Anfangsverdacht der Vorteilannahme und Vorteilsgewährung im Fokus sind, werden seitens der Ermittler weder genannt noch bestätigt. Dass dennoch diese Informationen an die Öffentlichkeit gelangt sind, sei nicht auf ein Leck bei den Ermittlungsbehörden zurückzuführen, betonte der Sprecher der Staatsanwaltschaft Regensburg, Theo Ziegler. „Von uns kommt das nicht.“

Bereits am Dienstagnachmittag hatte das Immobilien Zentrum (IZ) gegenüber unserer Zeitung eine Spende eingewäumt. Vorstandssprecher Wolfgang Herzog konkretisierte gestern seine Aussage: Etwa 87 000 Euro seien in den Jahren 2013 bis 2016 an den SPD-Ortsverein Regensburg Süd gespendet worden. Die Summe sei in

SUMME Die Zahlungen von drei Immobilienunternehmen addieren sich offenbar auf 618 000 Euro.

Teilbeträgen von rund 22 500 Euro im Jahr geflossen. Auf die Frage, in welchen Beträgen die Spenden überwiesen worden seien, antwortete Herzog, 2014 sei auch eine höhere Summe als die nicht öffentlich meldungspflichtigen 10 000 Euro gegeben worden. Ansonsten wurden mal 2000, mal 4000 Euro an den Ortsverein Regensburg Süd gezahlt. Das sei jedoch nicht auf eine Verschleierungstaktik zurückzuführen. Vielmehr habe das Unternehmen 60 GmbHs, die oftmals einzeln spenden. „Das ist für uns politische Landschaftspflege“, erklärte Herzog. „Wir haben ein reines Gewissen.“ Einen Kommunalwahlkampf müssten

die Parteien schließlich selbst finanzieren. Für Soziales und Sport habe das IZ mehr gespendet. Bereits am Dienstag hatte Herzog gesagt, es sei hanebüchen, einen Zusammenhang zwischen den Spenden und Entscheidungen herzustellen.

SPD-Landeschef lobt Vorgehen

Die Geldsumme, die Joachim Wolbergs für seinen OB-Wahlkampf zur Verfügung stand, war nach jetzigem Kenntnisstand enorm. Laut SPD-Fraktionsvorsitzendem Norbert Hartl hatten SPD-Parteimitglieder rund 200 000 Euro gespendet. Addiert man die zu den im Raum stehenden 618 000 Euro, kommt man auf mehr als 800 000 Euro.

Die BayernSPD bemühte sich gestern darzulegen, warum der Landeschatzmeister Thomas Goger selbst den Stein ins Rollen gebracht hat: Landeschef Florian Pronold erklärte gegenüber unserer Zeitung, dass beim im Fokus stehenden SPD Ortsverein, über den die Regensburger SPD auch ihren Wahlkampf abgewickelt hat, „ein Kredit, der nicht ordnungsgemäß genehmigt wurde“, aufgefallen sei. „Unverzüglich wurde die Bundespartei informiert und um Prüfung gebeten. Die Bundespartei benachrichtigte ihrerseits der Deutschen Bundestag. Im Zuge der Prüfung des Rechenschaftsberichts schaute sich der Schatzmeister der BayernSPD, der gleichzeitig Staatsanwalt ist, auch die Liste der Spender an.“ Pronold lobte das Vorgehen Gogers. „Der Verantwortliche in der BayernSPD hat nichts vertuscht, sondern für eine unabhängige Prüfung durch die Justiz und die Bundespartei gesorgt.“ Dass Goger die Partei über diesen Schritt nicht informieren konnte und durfte, sei „selbstverständlich.“ **► SEITE 3**

BEI UNS IM NETZ

Sehen Sie mehr!



Bilder, Videos und Hintergründe zum Thema finden Sie bei uns im Internet:

► www.mittelbayerische.de/parteispenden

Diskutieren Sie mit!



Die Ermittlungen gegen Joachim Wolbergs bewegen das Internet:

► www.mittelbayerische.de/facebook